

Jochem Pitz
Fraktionsvorsitzender

FDP Brühl • Uhlstraße 3 • 50321 Brühl

Freie Demokratische Partei
Fraktion im Rat der Stadt Brühl

Rathaus, Uhlstraße 3
50321 Brühl

T: 02232 79-2010
F: 02232 79-2011

fdp-fraktion@bruehl.de
www.fdp-bruehl.de

Brühl, 18. Dezember 2017

Haushaltsrede Jochem Pitz / FDP Vorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt,

als zwischenzeitlich dienst-ältester Fraktionsvorsitzender dieses Rates halte ich meine 15. Haushaltsrede und jedes Mal ist ein geplantes Haushaltsdefizit zu beklagen. Dies gilt auch für das nächste Jahr 2018 in einer Zeit noch nie da gewesenen Hochkonjunktur.

Es ist schon ein Stück verkehrte Welt, soweit sowohl im Bund wie auch im Land für das Haushaltsjahr 2018 eine „schwarze Null“ bejubelt wird, die Konjunkturdaten durch die Decke schießen und die öffentliche Hand insgesamt Milliardenüberschüsse erwirtschaftet. Um eine verkehrte Welt handelt es sich deshalb, weil erneut die Haushaltsplanung von einem Defizit in Höhe von weit über 15 Millionen Euro ausgeht und wir nur mit Ach und Krach durch Millionen Entnahmen bei den Stadtwerken im Jahr 2019 am Haushaltssicherungskonzept vorbeischrappen werden. Dabei hieß es doch noch vor 9 Jahren mitten in der Finanzkrise, zukünftig müssten die kommenden fetten Jahre dazu dienen, die alten Defizite auszubügeln. Davon sind wir meilenweit

entfernt. Im Gegenteil: Was passiert erst, wenn die Konjunktur mal einbricht und die Zinsen steigen?

Sicherlich haben wir hohe Investitionen im Haushalt eingeplant, die sich aber durch das niedrige Zinsniveau rechtfertigen. Nein, was uns seit Jahren und nunmehr Jahrzehnten bedrückt, ist das sogenannte strukturelle Defizit von 9 - 11 Millionen Euro, also die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen im Zuge laufender Verwaltung.

Das Tafelsilber in Form von Grundstücken ist weitgehend verkauft und der Kämmerer weist völlig zu Recht darauf hin, dass es für die Stadt immer schwieriger sein wird, unterhalb den Verschuldungsgrenzen zu bleiben. Der offenbar von der schwarz-grünen Koalition vertretene Grundsatz, es habe noch immer gut gegangen, zieht nicht mehr, denn die hoffentlich über das Planziel hinaus sprudelnden Gewerbesteuererinnahmen werden entweder durch unerwartete Mehrausgaben aufgeessen, aber spätestens ereilen uns solche Überschüsse wieder im nächsten Haushaltsjahr 2019 durch Kürzung der Schlüsselzuweisungen.

Richtig ist sicherlich, dass uns Land und Bund weiterhin ein großes Stück im Stich lassen. Die Sozialausgaben steigen über die Kreisumlage, allein die Kosten für die Geflüchteten schließen laut Plan im Jahr 2018 mit einem Defizit von 3,7 Millionen Euro ab. Noch vielmehr trifft uns das Defizit im Kinder- und Jugendbereich. Der Kostendeckungsgrad für die Kindergartenbetreuung beläuft sich auf ganze 19 %, also der Ertrag aus den Kindergartenbeiträgen im Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten. Auf Nachfrage der FDP hat sich nun erneut herausgestellt, dass wir noch nicht einmal diesen Deckungsgrad erreichen. Nur 17,6 % aller Kosten der Kindertagesstätten tragen die Eltern.

Vor ziemlich genau 10 Jahren betrug das strukturelle Defizit noch 6 Millionen Euro, also ca. 4 - 5 Millionen Euro niedriger als das heutige. Wir haben damals die Firma Krupps Consultens beauftragt, Vorschläge zur Begrenzung dieses Defizits zu machen. Mit viel Protest gelang es zumindest in Teilbereichen, ein Kostenbewusstsein herzustellen. Ich verweise nur auf die Diskussion um die Kunst- und Musikschule und den dort gemachten, aber dann nur halbherzig umgesetzten Vorschlag, überwiegend Honorarkräfte einzusetzen..

Die Erkenntnis des Bürgermeisters, die Konsolidierungsberatung des Hauptausschuss im Jahre 2016 hätten im Ergebnis nichts gebracht, teile ich. Nicht teilen kann ich allerdings die Schlussfolgerung, weder die Verwalterin noch die Politik seien trotz aller Bemühungen nicht in der Lage gewesen, Sparmaßnahmen zu entwickeln, die tatsächlich zu einer wirkungsvollen Entlastung beitragen konnten.

Die Politik konnte sich zu nennenswerten Sparmaßnahme, die wirklich auch einschneidend hätten sein müssen, schon deswegen nicht entschließen, weil man auf Betreiben der SPD-Fraktion sich einer nicht öffentlichen Beratung solcher Sparvorschläge entzogen hat. Dabei sagt jegliche Erfahrung, dass man sich nur im Konsens in kleiner Runde auf Einschnitte verständigen kann, die auch tatsächlich nennenswerte Erfolge bringen. Diese Chance hat die Politik vertan und es besteht wohl offenkundig auch keine Bereitschaft, für einen Neuanfang solcher Gespräche. Die Schuld hieran hat eindeutig die SPD Fraktion und ich werde Ihnen dies auch nächstes und übernächstes Jahr auf das Butterbrot schmieren.

Wenn es die Politik nicht kann, dann müssen es Externe richten. Insofern unterstützt die FDP Fraktion die Einstellung von 150.000 €, um Entlastungen im Konzern Stadt zu prüfen.

Verdeutlichen kann man die immer größer werdende Sphäre zwischen Einnahmen und Ausgaben am Personalaufwand, für den 2018 knapp 35 Millionen Euro eingeplant sind, im Jahre 2011 hatte die Stadt noch 467 Vollzeitbeschäftigte, nunmehr sind 582, also 115 oder 1/5 mehr Vollzeitbeschäftigte eingeplant. Die Prognose des Bürgermeisters aus dem Jahr 2014 für das Jahr 2019 wird um 4 Mill. € übertroffen.

Zur Erklärung der Kostensteigerungen hat der Bürgermeister und seine Haushaltsrede lediglich kurz bemerkt, Brühl und seine Verwaltung seien breiter aufgestellt als andere Städte.

Personalaufwendungen sind jedoch eine feste Größe, die auch im Vergleich zu anderen Städten zumindest Orientierungspunkte geben. Hürth beispielhaft plant für 2018 Personalausgaben in Höhe von 36,5 Millionen Euro bei einem Gesamtetat von 176 Millionen Euro, also mit Brühl vergleichbaren Personalkosten, obwohl der Haushalt weit über annähernd 50 Millionen Euro höhere Ausgaben vorsieht.

Sicherlich sind Tarifsteigerungen mit verantwortlich für die Kostensteigerung, sicherlich kommt es darauf an, wie viele Kindergärten eine Stadt unterhält oder wie viele Kindergärten von freien Trägern betrieben werden. Die Flüchtlingskrise fordert ihren Tribut, dennoch gleicht die Personalentwicklung einem Perpetuum Mobile. Für mehr Mitarbeiter bedarf es mehr Personal in den Personalabteilungen, höhere Pensionsrückstellungen und so weiter und so fort.

Aber auch die Politik und hier insbesondere die schwarz-grüne Koalition lässt kein Signal auf Antrag der Mehrheitskoalition CDU / Grüne neue Stellen eingerichtet, für die der Bürgermeister keine Notwendigkeit sieht. Nur zu erwähnen sei die Stelle des Verkehrsingenieurs. Da wurde ein weiteres 4. Dezernat mit der explizierten Begründung eingeführt wurde, die Entwicklung der Schulen und Kindergärten erforderten durch eine Dezernentin intensive Betreuung. Nunmehr wird eine separate gut dotierte Stelle in diesem Dezernat beantragt, mit der genau diese Aufgabe erfüllt soll. Konsequenter wäre, die Dezernatsstelle zugleich mit einem KW Vermerk zu versehen, da ja nun jemand anderes die Arbeit der Dezernentin übernehmen soll. So wird in dieser Stadt aus parteipolitischen Gründen Geld verschwendet!

Genau das Gleiche geschieht bei dem zweiten Lieblingsprojekt der Grünen: Für die Arbeit des Mobilitätsbeauftragten werden weitere Gutachterkosten beantragt und, so ist anzunehmen, heute auch wieder bewilligt. Was CDU / Grüne bereit ist, an Firlefanz zu finanzieren, ist in Anbetracht der Haushaltslage schon ein Skandal für sich. Geld für die beispielbare und besitzbare Stadt, Masterpläne und für Interviews im Wert von 10.000 € werden ohne weiteres bewilligt in einer Stadt, die durchaus überschaubar ist und mit eigenen Kräften beplant werden kann.

Der Bürgermeister hilft sich damit, da keine Sparvorschläge durchsetzbar sind, weiter an der Steuerschraube zu drehen.. Nachdem die Grundsteuer schon auf 600 Prozentpunkte angehoben wurde, steht heute eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Punkte zur Diskussion. Dies ist ein sensibles Thema. Die Wirtschaftsleistung unserer Stadt wächst, wie die steigenden Gewerbesteuereinnahmen zeigen. Auf diese Steuereinnahmen nochmals einen Aufschlag zu verlangen, mag mit Hinweis auf die im Rhein-Erft-Kreis erhobenen Steuersätze begründbar sein, andererseits reicht in der heutigen globalen Wirtschaft keineswegs der Blick auf die Kreisgrenzen. Gegenüber dem Süden der Republik sind schon die Grundsteuersätze derart auseinander klaffend, dass Nordrhein Westfalen dauerhaft beim Kampf um Einwohner erhebliche Wettbewerbsnachteile erleiden wird. Bei der Spirale der Gewerbesteuersätze sind wir dabei, auch diesen Kampf aufzugeben. Andererseits ist die Stadt aufgrund ihres strukturellen Defizits aber darauf angewiesen, Einnahmequellen zu generieren, soweit nicht Bund und Land bereit sind, nachhaltig den Städten in Nordrhein Westfalen zu helfen. Wenn schon die FDP diese Diskrepanz

sieht und eine maßvolle Anhebung um 10 Prozentpunkte für angemessen hält, fragt sich, was die schwarz-grüne Koalition mit ihrer Verweigerungshaltung gegenüber jedweder Steuererhöhung im Ergebnis erreichen will. Sie erreicht, dass wir auch nächstes und übernächstes Jahr wieder vor dem Dilemma stehen, dass neue Schulden das Eigenkapital unserer Stadt erheblich beeinträchtigen wird.

Wenn wenigstens dem Antrag, auf eine Gewerbesteuererhöhung zu verzichten, ein gleich hoher Sparvorschlag gegenüberstehen würde, könnte man mit Freuden dem Antrag der CDU/ dem Antrag von schwarz-grün folgen. Stattdessen wird eine Vielzahl von Ausgaben vorgeschlagen, über deren Nutzen man erheblich streiten kann.

Standards werden erhöht statt zu begrenzen. Dennoch stellt sich die Frage, um beispielhaft Brühl eine der höchsten Versorgungsquoten für U3 und Ü3 - Unterbringungen hat. Besteht in dieser Stadt so hoher Bedarf, oder hinterfragen andere Städte den Bedarf und hinterfragen, ob tatsächlich eine Notwendigkeit für eine U 3 Betreuung vorhanden ist.

Die FDP-Fraktion kritisiert auch manche Entscheidungen im Flüchtlingsbereich. Da wurde das Containerdorf in Brühl-West zu Ende gebaut, obwohl schon absehbar war, dass die Flüchtlingszahlen dramatisch sanken. Die Chance, den Auftrag für dieses Flüchtlingsdorf, welcher immerhin auch mit 3,5 Millionen Euro zu Buche schlug, aufzukündigen, wurde vertan. Wir bauen ein interkulturelles Zentrum in Brühl-Ost, weil wir erhebliche Fördermittel von 70 % erhalten haben. Durch die Entscheidung, dass die Flüchtlinge aber nach Brühl-West umziehen müssen und das Containerdorf in Brühl-Ost der zeitweisen Unterbringung der Verwaltung dienen soll, ist eine der wesentlichen Begründungen für den Bau des Integrationszentrums in Brühl-Ost schlichtweg weggefallen. Wir müssen jetzt nur hoffen, dass der eigentliche Zweck des Zentrums dauerhaft erfüllt werden kann und sich diejenigen, für die hier Hilfe angeboten wird, auch nach Brühl-Ost kommen werden.

Um dies alles zu finanzieren, werden weitere Einnahmequellen generiert, so durch die Neueinstellung zweier Politessen allein mit der Begründung, die so erwirtschafteten Bußgelder würden eine Stellenbesetzung rechtfertigen. An vielen Stellen unserer Stadt ist der Einsatz von Politessen sicherlich sinnvoll, dennoch bleibt das Gefühl, dass diese beiden Stellen lediglich der Finanzierung des Haushaltes zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger dienen soll. Es werden aufgrund des neuen Parkraumbewirtschaftungskonzepts, welches unter schwarz-grün beschlossen wurde, neue Parkscheinautomaten aufgebaut, die natürlich von den neuen Politessen mit

kontrolliert werden. Am Jahnshof fallen dauerhaft die beliebten öffentlichen Parkplätze weg und all dies in Ansehung des in der Nähe liegenden, konkurrierenden Hürth Parks, der weiterhin kostenlos Parkplätze für die Besucher aus dem Umland anbietet. In Brühl wird der Autofahrer abkassiert und in Hürth dann das Geld verdient.

Keine einziger Haushaltsantrag von SPD, Grüne und CDU weisen ein Weg, wie das wirkliche Problem unserer Stadt, das strukturelle Defizit im Haushalt gelöst werden kann. Kein einziger Haushaltsantrag zeigt einen Weg in die Zukunft für unsere Stadt. Es fehlt der Blick für das Ganze.

Die FDP-Fraktion wünscht sich, dass das nächste Jahr dafür genutzt wird, sich über die zukünftige Stadtentwicklung Gedanken zu machen. Die Baugebiete sind fast alle verbraucht, die Gewerbegebiete endlich. Entgegen aller Prognosen wächst der Zuwanderungsdruck, - einerseits natürlich durch die Flüchtlinge, aber insbesondere durch die Attraktivität des Rheinlandes. Dies wirkt sich im Wohnbedarf aus, in der Infrastruktur, dem keineswegs ausschließlich durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs begegnet werden kann. Auch unsere Straßen stehen hier im Fokus.

Die Stadt sollte die Chancen des Welterbe -Tourismus besser nutzen. Wir brauchen weiterhin ein neues gutes Hotel in zentraler Lage, wenn nicht auf dem Belvedere, dann beispielhaft in der nördlichen erweiterten Innenstadt. Wir hoffen auf einen Durchbruch bei der Erweiterung des PhantasiaIndes. Es gilt den Standort der EUFH zu stärken und die FDP fragt sich, weshalb Teile der die Technische Hochschule Köln nach Liblar zieht, ohne dass Brühl überhaupt in Betracht gezogen wurde.

Immerhin gelingt es uns nach einem Jahrzehnt harter Diskussion, das Rathaus B neu zu bauen und dort auch ein architektonisches Zeichen zu setzen. Erfreulich ist das Projekt, die Turnhalle der Clemens-August-Schule in ein Begegnungszentrum zu integrieren. Die Haushaltsmittel für eine Feuerwehrrache sind bereit gestellt, wo sie denn auch immer gebaut wird. Der zweigleisige Ausbau der Linie 18 wird nach 20 Jahren Planung fertig.

Immerhin ist der ständige Erneuerungsprozess in dieser Stadt spürbar. Wenn diese Entwicklung endlich mit einer nachhaltigen Gesundung unserer Finanzen einherginge, könnten wir alle wirklich mal zufrieden sein. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Traditionell gibt die Haushaltsrede zum Abschluss eines Jahres auch unserer Fraktion die Gelegenheit, uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, der Kämmerei und beim Bürgermeister zu bedanken für die Zusammenarbeit und den stetigen Willen, zum Wohl unserer Stadt beizutragen.